

DIETER KUHR

Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe im Wandel

Der Hang zur Integration Europas ist sowohl Ausdruck der sich entwickelnden Produktivkräfte als auch die politische Folge einer notwendigen Marktausdehnung. Enge nationale Grenzen und nationalwirtschaftliche Autarkiebestrebungen verhindern eine kostensenkende und lebensstandarderhöhende Massenproduktion. Eine möglichst extensive Expansion des Warenaustausches und eine intensive Verbindung zu den Volkswirtschaften anderer Staaten mit gleichartigen ökonomischen (und gesellschaftlichen) Zielen waren daher nicht nur für die westeuropäischen Länder unumgänglich, sondern auch für die Osteuropas.

Der „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW oder — modernistisch angliert —: „Council for Mutual Economic Assistance“ = COMECON) als Antwort auf den amerikanischen Marshall-Plan war ursprünglich Ausdruck der Ost-West-Spannungen, in denen sich die politischen und ökonomischen Frontstellungen widerspiegelten. 1949 sollte mit der Gründung des RGW demonstriert werden, daß man sich weder einem „wirtschaftlichen Boykott gegen die volksdemokratischen Länder und die Sowjetunion“ aussetzen noch „sich dem Diktat des Marshall-Planes“ unterwerfen wollte¹⁾.

Westliche Außenhandelsrestriktionen und -embargos wurden als Bestandteil des „Kalten (Wirtschafts-)Krieges“ betrachtet und sollten mit Autarkiebestrebungen des Ostblocks, überstaatlicher administrativer Wirtschaftslenkung und der praktischen Verwirklichung einer „Theorie zweier Weltmärkte“ beantwortet werden. Gemeinsam wollte man die knappen Ressourcen zugunsten eines schnellen gleichmäßigen Aufbaus der Industrie nutzen. Langfristige bilaterale und multilaterale Handelsabkommen der Partnerländer (heute: UdSSR, CSSR, DDR, Bulgarien, Polen, Rumänien und Ungarn; die Mongolische Volksrepublik und besonders Jugoslawien sind nur als Gäste oder Beobachter bei verschiedenen Sitzungen und in einigen RGW-Unterorganisationen zur „bedingten Mitarbeit“ bereit; Albanien zog sich aus dem Rat zurück) dienten als erste Instrumente zur Erfüllung der Perspektivpläne.

1) So im Kommuniqué zu einem Regierungsbeschluß der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Rumäniens und Bulgariens, der zur Gründung der RGW führte; zitiert nach Alfred Jüttner: Die europäische Einigung, Günter Olzog Verlag, München — Wien 1966, S. 134.

DER RAT FÜR GEGENSEITIGE WIRTSCHAFTSHILFE IM WANDEL

Interne Differenzen

Die unterschiedlichen wirtschaftlichen Ausgangspositionen und die — nicht nur — daraus resultierenden ökonomischen Disproportionen führten dazu, daß sich schon 1954 die Wirtschaftspolitik des Rates änderte.

Eine wirtschaftliche Prosperität war nicht mit bilateralen Verträgen zu erreichen, zumal im Zuge dieses Vorhabens besonders die Sowjetunion ihre Positionen (sie verfügt über ca. 70 vH der industriellen RGW-Gesamtproduktion und über bis zu 54 vH des RGW-Außenhandels)²⁾ dazu benutzte, ökonomische Vorteile auf Kosten anderer Mitgliedstaaten zu erlangen.

Als Grundaufgaben wurden nun die Entwicklung einer gemeinsamen Rohstoff- und Energiebasis, die Kooperation der industriellen Produktion und die Spezialisierung der einzelnen Länder auf bestimmte Warengruppen oder -arten postuliert. Dabei sollte von der ökonomischen Entwicklungsstufe und dem Potential der nationalen Einzelwirtschaften ausgegangen werden.

Das erst 1959 verabschiedete und am 13. April 1960 in Kraft getretene Statut des RGW verkündete eine Koordinierung der gemeinsamen Bemühungen um eine „zeitgemäße Entwicklung“ der Wirtschaft. Das Ziel der östlichen Wirtschaftsorganisation ist und war es also nicht, den westeuropäischen Intentionen eines Gemeinsamen Marktes oder einer Freihandelszone (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft — EWG und Europäische Freihandelszone = EFTA) zu folgen, sondern den Industrialisierungsgrad ihrer minderentwickelten Mitgliedsländer und die ökonomische Dynamik zu erhöhen, um „möglichst bald“ das Wirtschaftsniveau aller anzugleichen. Mit Hilfe einer „sozialistischen Arbeitsteilung nach Maßgabe der besten Produktionsbedingungen“³⁾ sollten die Volkswirtschaften der RGW-Länder zu einer industriellen und wirtschaftlichen Einheit verschmolzen werden.

Nicht nur der ungleichmäßige Stand der Arbeitsproduktivität und die unterschiedlichen Produktivkräfte, sondern auch Formen „unsozialistischer Übervorteilung“⁴⁾ — die Sowjetunion bezog zum Teil Waren unter Weltmarktpreisen und lieferte andere zu Preisen über Weltmarktniveau — erschwerten die Entwicklung und riefen politischen Unmut hervor, aus dem „nationalwirtschaftliche“ Gegenmaßnahmen resultierten.

Die administrative Lenkung seitens zentralistischer Planungsorgane stand im zunehmenden Widerspruch zur qualitativen und quantitativen Entwicklung der Produktion, die eigentlich eine überbetriebliche und überstaatliche flexible Kooperation und Spezialisierung erforderte. Die auf Quantität ausgerichtete „Tonnenideologie“ behinderte Rentabilitäts- und Qualitätsmaßstäbe und mußte daher einer — notwendigen — wirtschaftlichen Liberalisierung, einer Abkehr vom straffen Zentralismus, weichen. Eng damit verbunden ist auch die Tendenz zu einer breiteren geographischen Orientierung des Außenhandels; der Güteraustausch mit Nicht-RGW-Ländern stieg (und steigt) spürbar als Konsequenz aus der Differenzierung der Produktionsprozesse und -apparate, und um Engpässen sowie handelspolitischen Übervorteilungsversuchen auszuweichen.

Die Außenhandelsaktionen der meisten RGW-Länder sind ein Beweis dafür, daß sie sich nicht mehr länger auf ihrem Markt einigeln wollen, sondern beabsichtigen, eine optimale Nutzung ihrer Produktivkräfte via Welthandel zu ermöglichen. Die Theorie von der Existenz zweier, feindlicher Weltmärkte wurde zugunsten eines „nützlichen“ Welthandels aufgegeben. Neue taktische Formeln und wirtschaftsstrategische Linien sollen

2) Vgl. Slavka Gligoric: Perspektiven der Zusammenarbeit mit den Comecon-Ländern; Internationale Politik (Belgrad) Nr. 388 vom 5. Juni 1966.

3) Aus dem Beschluß einer RGW-Arbeitstagung im November 1961.

4) So Slavka Gligoric a. a. O.

entwickelt werden, um das Auf-der-Stelle-Treten zu beenden und um eindeutige „Erfolge im Wettbewerb mit dem Kapitalismus“⁵⁾ zu garantieren.

Divergierende Ansichten über die weitere Entwicklung

Wie dieses — noch gemeinsame — Ziel erreicht werden soll, darüber bestehen schon seit 1964 divergierende Ansichten zwischen den RGW-Partnern, zumal es gilt, eine akzeptable Plattform für drei unterschiedliche Positionen zu finden: für die entwickelten reform- und integrationswilligen Kräfte (CSSR, DDR), für die minderentwickelten Länder Südosteuropas und für die Sowjetunion, die sich noch um eine einheitliche sozialistische Planwirtschaft im RGW-Raum bemüht⁶⁾.

Besorgt verfolgt die Sowjetunion die zentrifugalen nationalwirtschaftlichen Tendenzen (besonders Rumäniens), die supranationale, multilaterale Integration en bloc zu verwerfen. Galt es früher — unter *Chruschtschow* — als ausgemacht, gemeinsame wirtschaftliche Rahmenpläne zu erarbeiten, eine supranationale Planungsstelle zu errichten, zwischenstaatliche Wirtschaftsverbände zu gründen, eine Branchenspezialisierung durchzuführen und eine grenzensprengende Investitionskooperation zu verwirklichen, um gemeinsam die Produktivität zu steigern, die Technifizierung gezielt vorzunehmen, („wirtschaftsstalinistische“) extensive Entwicklungs- und Arbeitsformen zu eliminieren und die Wirtschaft zu intensivieren, so ist heute die „sozialistische Natur“ des RGW keine Garantie mehr für eine Interessenidentität bei der Spezialisierung und Kooperation der Mitgliedsländer⁷⁾.

Das innerwirtschaftlich straffzentralisierte Rumänien steht zur Zeit allen block-ökonomischen Integrationsmaßnahmen, die in etwa dem westeuropäischen Supranationalismus entsprechen, ablehnend gegenüber, um seine nationale Souveränität nicht einschränken zu müssen, und aus objektiven wirtschaftlichen Gegebenheiten. Makroökonomische Entwicklungsunterschiede, die Rumänien — ähnlich wie Bulgarien — mit Extensivmitteln auszugleichen sucht, mußten die ursprünglich geplante Integration verhindern. Der Aufbau einer umfassenden eigenen Grundstoffindustrie (z. B. Erdölverarbeitung und Hüttenkombinate) gefährdet die optimale Nutzung ähnlicher Anlagen der DDR und CSSR, die beide an einer Intensivierung ihrer Produktion durch eine RGW-Spezialisierung interessiert sind.

Aber nicht nur Bukarest, sondern auch Budapest sind der Meinung, daß kein übernationales Organ den „sozialistischen Staaten einen gemeinsamen Plan aufzwingen“⁸⁾ dürfe. Und im gleichen Sinne wendet sich Warschau gegen eine „Spezialisierung auf unbegrenzte Zeit“, um nicht „für immer“ auf ein „bestimmtes Profil“⁹⁾ festgelegt zu werden. Der vorläufige Stillstand einer RGW-Integration geht also nicht allein zu Lasten Rumäniens; dieses Land gab nur die Initialzündung.

Die Sowjetunion respektiert — nicht akzeptiert — heute den Standpunkt Bukarests und stimmt einer Schwerpunktverlagerung von der Blockwirtschaft auf die Einzelvolkswirtschaft zu, sie retirierte zum Bilateralismus. Multilaterale Kooperation ist nunmehr nicht Voraussetzung, sondern günstigenfalls das Produkt eines dialektischen Prozesses zwischen nationalen und supranationalen ökonomischen Gegebenheiten in Richtung auf eine „internationale sozialistische Arbeitsteilung“.

5) So M. Maximow: RGW — in der Praxis erprobt; Die Sowjetunion heute (Bonn) Nr. 8 vom 16. April 1966.

6) Vgl. Erik Boettcher (Herausgeber): Wirtschaftsplanung im Ostblock, W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart — Berlin — Köln — Mainz 1966; Beitrag von Karl-Ernst Schenk: Integration und Westhandel Osteuropas, S. 96 ff.

7) So O. Bogomolow, prominenter sowjetischer Nationalökonom, in: Kommunist, Zentralorgan der KPdSU, zitiert nach Frankfurter Allgemeine (FAZ) — Blick durch die Wirtschaft Nr. 8 vom 10. Januar 1967.

8) So Küllkereskedelem, Mitteilungsorgan der ungarischen Handelskammer, zitiert nach: Der Stand der industriellen Zusammenarbeit im Comecon, Neue Zürcher Zeitung (NZZ) Nr. 267 vom 29. September 1966.

9) So die polnische Zeitung *Zycie Warszawy*, zitiert nach: Spezialisierung nur auf Zeit, FAZ — Blick durch die Wirtschaft Nr. 68 vom 22. März 1966.

DER RAT FÜR GEGENSEITIGE WIRTSCHAFTSHILFE IM WANDEL

Das jetzt angeschlagene — verlangsamt — Tempo befriedigt nicht alle RGW-Partner. Die höher entwickelten Mitgliedstaaten versuchen auf Nebengleisen zumindest regionale Integrationsstationen zu erreichen oder schon bestehende Streckenabschnitte auszubauen. Neben der Intra-Block-Pipeline „Freundschaft“, dem zwischenstaatlichen Energieverbund und Waggon-Pool u. ä. kommt der RGW-Bank größere Bedeutung zu.

Diese „Internationale Bank für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ wurde 1963 auf Rubelbasis gegründet (projektiertes Bankkapital: 300 Millionen Rubel) und war ursprünglich als Clearingzentrale für den RGW-Binnenhandel gedacht. Der reine Abrechnungsverkehr soll nun durch Finanzierungsaktivitäten erweitert werden, um mit langjährigen Bankkrediten Spezialisierungs- und Kooperationswünsche zu stimulieren.

Da die RGW-Währungen nicht konvertibel sind (also weder untereinander noch gegenüber anderen Währungen austauschbar), war nicht nur der Binnenhandel bilateral, sondern natürlich auch der Außenhandel. Die Außenhandelsbilanzen mußten — tendenziell — ausgeglichen werden. Langfristige Handelsabkommen — unter Berücksichtigung einzelstaatlicher Planungen — untereinander führten bei Produktionsverzug zu erheblichen Spannungen, wenn bestimmte Mengen bestimmter Waren zu bestimmten Zeiten nicht geliefert oder (wegen Qualitätsmängel zum Beispiel) nicht abgenommen wurden. Und weil keine nennenswerten Gold- und Devisenpolster vorhanden waren, konnte auch nicht beliebig auf den Westhandel ausgewichen werden. Diesem Mangel soll nun abgeholfen werden, indem etwa ein Drittel des Bankkapitals durch Gold- und Hartwährungsdeckung konvertierbar gemacht wird; den Bankpartnern soll damit der Westhandel erleichtert werden, „nationalwirtschaftliche Rücksichtslosigkeiten“ sind zu mildern.

Änderung in der Handelsstruktur

Diese Maßnahme wird sicherlich den Außenhandel wesentlich erhöhen, der bei einem RGW-Anteil von etwa 33 vH der Welt-Industrieproduktion mit einer 10-vH-Quote am internationalen Warenaustausch relativ gering ist, zumal davon noch zwei Drittel im Intra-Handel des RGW (330 Millionen Einwohner) umgeschlagen werden; wenn EWG (etwa 182 Millionen Einwohner) und EFTA (etwa 93 Millionen Einwohner) dagegen zusammen etwa 45 vH des Welthandels auf sich vereinen, läßt sich daran auch der hohe Grad der „internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung“ ablesen¹⁰⁾.

Dem Westhandel wird die Aufgabe zufallen, die relative Stagnation im RGW-Binnenhandel auszugleichen. Die abgeschlossenen Handelsverträge zwischen den Ratsmitgliedern für die Planperiode 1966—1970 sehen eine durchschnittliche Erhöhung des Güterausstausches um 49,5 vH vor¹¹⁾, wobei eine geplante Strukturänderung (neue und höherwertige Produkte, verbesserte Qualität, mehr Halbfertig- und Fertigwaren statt Rohstoffe u. ä. m.) die relativ sinkende Steigerungsquote gegenüber den vorangegangenen Zeiträumen verschmerzen lassen soll (1951—1955: 85 vH; 1956—1960: 71 vH; 1961 bis 1965: 55 vH Anstieg gegenüber der Vorperiode)¹²⁾.

Die für diese Tendenz maßgebende Entwicklung — gewandelte Struktur des Warenaustausches — ist typisch für differenziertere Volkswirtschaften. Vollzog sich der Handel früher zwischen vorwiegend agrarischen Ländern und solchen vorwiegend industriellen Charakters — das heißt: Primär- und Agrarprodukte gegen fertige und halbfertige Industriewaren —, so konnten inzwischen aber auch die minderentwickelten Partner eine Konsum- und Investitionsgüterindustrie aufbauen, deren Produkte Aufnahme ins Exportprogramm fanden, soweit es sich nicht um hochwertige Mangelwaren handelte, die —

10) Vgl.: Mehr für den internen Gebrauch, Finanz und Wirtschaft Nr. 91 vom 16. November 1966.

11) Vgl. Vnesnjaja trgovlja Nr. 9/1966, zitiert nach Presseschau Ostwirtschaft (Wien) Nr. 12/1966.

12) Vgl. J. Smilek, Koordinace rozvoje hospodářství státu RVHP, in: Hospodářské noviny vom 22. Juli 1966, zitiert nach Robert F. Lamberg: Aktuelle Probleme des Comecon, NZZ Nr. 21 vom 22. Januar 1967.

wie z. B. Maschinenbauerzeugnisse — der eigenen Volkswirtschaft zugeführt wurden. Gleichartige Produkte traten damit im RGW-Bereich in Konkurrenz. Aber nicht nur dort, denn z. B. die Sowjetunion klagt darüber, daß mit Hilfe von Produktionsunterlagen, die Moskau den Partnern kostenlos zur Verfügung gestellt habe, analoge Waren produziert würden, die — statt dem Eigenbedarf zu dienen — der Sowjetunion auf dem Weltmarkt Konkurrenz machten. In Zukunft würde man, drohte Moskau, Lizenzen und Patente im RGW zu Weltmarktpreisen handeln müssen¹³⁾.

Diese Industrialisierungspolitik trägt ebenfalls dazu bei, daß sich ein Teil der RGW-Länder um größere wirtschaftliche Unabhängigkeit bemühen, um freie Hand bei der Wahl von Absatzmärkten zu erlangen. Die Sowjetunion und andere kooperationswillige Partner versuchen, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, indem sie — statt wie früher mit politischen Argumenten zu drängen — neuerdings stärker auf die ökonomischen Vorteile hinweisen, die die Nationalwirtschaften im Zuge einer verstärkten Spezialisierung erlangen könnten. Die ständige Argumentation mit den Vorteilen der Großserienproduktion (Kostensenkung und Qualitätssteigerung) wird ergänzt durch das Thema Kapitalknappheit.

Parallel-Investitionen für gleiche Produkte in mehreren Ländern schmälern die volkswirtschaftliche Effizienz der eingesetzten Ressourcen; ungenügende Wirtschaftlichkeit und sinkende Rentabilität sind die Kehrseiten einer Medaille. Dem Gegeneinwand, eine Aufteilung des Erzeugnissortiments auf mehrere Länder könnte die eigene Planwirtschaft von Störungen abhängig machen, deren Ursachen außerhalb der eigenen Volkswirtschaft lägen, wird mit der Zusicherung begegnet, die Vielfalt wirtschaftspolitischer Kompetenzen und nationalpolitischer Konzeptionen müßte „in der Regel“ nicht aufgegeben werden. In diesem Sinne wird auch über eine Änderung des RGW-Statuts diskutiert. Zwar soll weiterhin Einstimmigkeit der Mitglieder für alle Maßnahmen gelten¹⁴⁾, aber nur unter jenen Partnern, die sich an einem Projekt konkret beteiligen wollen. Die einzelnen RGW-Länder sollen das Recht erhalten, an einer multilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit nur dann teilzunehmen, wenn dies ihrem eigenen „nationalen Wirtschaftsinteresse entspricht“¹⁵⁾. Mit dieser positiv gefaßten Formel dürfte die Behinderung kooperationswilliger RGW-Mitglieder durch andere, kooperationsunwillige, vermieden werden, falls nunmehr das absolute Vetorecht entfallen sollte.

Ein weiterer Schritt zugunsten einer binnenwirtschaftlichen Reform ist die Forderung Prags, direkte Kontakte zwischen den Produzenten verschiedener Partnerländer zu forcieren! Unmittelbare Beziehungen zwischen Unternehmen bzw. Industriezweigen sollen aktive Eingriffe der RGW-Zentrale überflüssig machen und bedeuten Regionalisierung und Abbau der Direktivenwirtschaft. Dezentralisierung in Richtung auf eine relativ „offene Wirtschaft“ hin könnte bisherige Schwerfälligkeiten mildern und dem „ökonomischen Internationalismus“ (aber auch dem „politischen“ Observanz) zumindest im Rahmen des RGW dienen.

Variation des Preissystems

Jim Zentralthema im RGW-Disput um Kooperation und Spezialisierung ist das Preissystem, das dem Warenaustausch zugrunde liegt. Der bis 1962 oft geübten Praxis, die Preise im RGW-Binnenhandel bilateral auszuhandeln, war es immanent, daß die Preise für homogene Güter des öfteren unterschiedlich festgesetzt wurden, je nachdem, wer an wen lieferte. Spezifische Kostenschemata ermöglichten Preiskalkulationen und -manipula-

13) Vgl. O. Bogomolow a. a. O.

14) Aus dem Artikel IV der RGW-Satzung: „Alle Empfehlungen und Beschlüsse können nur im Einverständnis aller interessierten Länder gefaßt werden.“

15) So Zycie Gospodarcze, polnisches Wirtschaftsfachblatt, zitiert in: Wirtschaft des Ostblocks Nr. 43 vom 18. November 1966.

DER RAT FÜR GEGENSEITIGE WIRTSCHAFTSHILFE IM WANDEL

tionen, die Übervorteilung schwächerer Handelspartner im Gefolge hatten. Politische Intentionen und nationalwirtschaftlicher Eigennutz sind aber nicht einseitig der Sowjetunion vorzuwerfen; auch andere Partner finanzierten beispielsweise dumpingartige Westexporte mit überhöhten Preisen für Warenlieferungen an andere Ostblockländer. Diese differenzierende Handhabung wurde u. a. mit Qualitätsunterschieden begründet, was allerdings — so die Benachteiligten — eine nochmalige Schlechterstellung bedeuten würde, denn die Qualitäten „mit Weltniveau“ kamen nicht den RGW-Partnern zugute, sondern aus Konkurrenzgründen dem „kapitalistischen“ Ausland. Zwischen den Jahren 1962 und 1966 wurde die im Intra-blockhandel übliche — bilaterale — Preisfestsetzung durch ein System „fester Weltmarktpreise“ ersetzt. Als Basis diente das Weltpreisniveau von 1957/1958. Diese Fixierung sollte langfristig-gültige Daten für eine Perspektivplanung setzen. Durch Schwankungen auf den Weltrohstoffmärkten veränderten sich die Preisstrukturen so wesentlich, daß die RGW-Rohstoffexporteure, also besonders die Sowjetunion, relativ benachteiligt wurden. (CSSR und DDR decken ca. 40 vH ihres Rohstoffbedarfes aus Einfuhren, die übrigen Länder zwischen 30 und 10 vH, Moskau nur zu 5 vH¹⁶.)

Mit einer Neufestsetzung der Preisbasis (neuer Index: Weltpreisniveau 1960 bis 1964) seit dem 1. Januar 1966 wurde zwar das Preisgefälle — im Verhältnis Rohstoffe zu verarbeiteten Produkten — gemildert, aber auch diese Stabilität, orientiert an einer mittelfristigen Weltmarkt-Preisentwicklung, genügte nicht mehr den Wünschen aller Ratsmitglieder. Ungarn z. B. möchte auch im Intra-block-Handel die „festen Weltmarktpreise“ durch „freie Weltmarktpreise“ ersetzt wissen. Die CSSR drängt ebenfalls im Zuge interner Wirtschaftsreformen auf ähnliche Korrekturen. Langfristigkeit und Stabilität der bisherigen Regelung dürften damit den anstehenden Industriereformen untergeordnet werden, deren Ergebnisse sich in exakteren Kosten- und Rentabilitätsrechnungen niederschlagen sollen.

Die Situation hat sich gründlich gewandelt; jetzt gerät die Sowjetunion in Preisdruck, da schon heute ihre Rohstoff-Exporterlöse weder den Gewinnungs- und Transportkosten noch dem aufgewandten Kapitaleinsatz entsprechen. Sie — und die anderen Rohstofflieferanten — fühlen sich von den Industriewaren exportierenden Partnern preislich übervorteilt, zumal auch die Qualität der eingehandelten Fertigprodukte immer wieder zu Klagen Anlaß gibt. Da aber Moskau einen steigenden Eigenbedarf an Grundprodukten hat und Neuaufschlüsse enorme Investitionen verlangen, die wesentlich höher liegen als der aufzubringende Kapitalbedarf für die Produktionsaufnahme gleicher — bis dahin aus RGW-Ländern importierter — Industriewaren, wird eine Alternativforderung erhoben: entweder zugunsten der Rohstoffländer eine Verbesserung der Terms of Trade, d. h. eine günstigere Relation zwischen Ausfuhr- und Einfuhrpreisen, oder eine Kapitalhilfe seitens der Ratsmitglieder an Moskau für die Erschließung neuer Rohstoffquellen.

Dieser Ruf nach einem Spezialisierungs-„Beitrag“ enthält eine versteckte Drohung mit Autarkiemöglichkeiten, die sich zwar die Sowjetrepubliken teilweise, die Angesprochenen aber nicht leisten können. Die RGW-Länder befinden sich in einem echten Dilemma, denn eine Preisfixierung an den „laufenden Produktionskosten“, so der sowjetische Terminus, reizt zu Preismanipulationen, und eine Kapitalhilfe reißt empfindliche Löcher in die nationalwirtschaftlich erwünschten Investitionsprogramme. Das Umschalten auf den Westhandel — als Ausweg — ist nur in Grenzen möglich; die heimischen und die westlichen Marktstrukturen harmonisieren nur bedingt, auch eine offene Brückierung der RGW-Partner kann und will sich zur Zeit kein Mitglied leisten.

Es ist daher wahrscheinlich, daß weitere Ratsmitglieder dem Beispiel der CSSR folgen und zumindest teilweise Abhilfe durch Koordinierung, Spezialisierung und Kapitalhilfe

16) Vgl. Robert F. Lamberg: Aktuelle Probleme des Comecon, NZZ Nr. 21 vom 22. Januar und Nr. 23 vom 24. Januar 1967.

schaffen. Prag gewährte im Sommer 1966 Moskau einen gewünschten Kredit zur Finanzierung der Erdölförderung im Transural. Die Warenleihe in Höhe von 2,2 Md. DM erstreckt sich auf Pipelines, Lastwagen und Maschinen; die Rückzahlung wird ab 1970 mit Rohöl erfolgen. Ähnliche Verhandlungen sind mit Polen und der DDR im Gange. Obwohl alle Mitglieder unter Kapitalknappheit leiden, ist dieser Weg zur Koordinierung positiv zu beurteilen, zumal dann, wenn die — vorläufige — Einbahnstraße verlassen wird und auch für die minderentwickelten Partner Mittel und Wege offenstehen, derart am Industriesaufbau zu partizipieren.

Dafür bedarf es allerdings erneut ökonomischer Reize zugunsten einer harmonischen Zusammenarbeit, zeigt sich doch, daß „die Kooperation bei der Industrieproduktion innerhalb des RGW noch weit von dem Stand entfernt ist, den sie in der EWG erreicht hat¹⁷⁾).

Westhandel als Alternative?

Ein verfeinertes Instrumentarium zur Planung und Lenkung der nationalen Volkswirtschaften — schlüssige Methoden des internationalen Kostenvergleichs (gemessen am Aufwand an Investitionen und an den variablen Kosten für neue Produktionsbetriebe) — soll zuverlässigere Maßstäbe für die Beurteilung von Spezialisierungsvorhaben und gemeinsamen Projekten entwickeln. Dadurch würden sich auch die Chancen vergrößern, nicht nur im RGW-Raum, sondern auch auf den Märkten der westlichen Industrieländer sowie auf denen der Entwicklungsländer stärker ins Geschäft zu kommen und mit qualitätsverbesserten Waren größere Außenhandelsgewinne zu erzielen, die zum Bezug benötigter Industrieanlagen eingesetzt werden können. Um komparative Kostenvorteile besser zu nutzen, müßte für die Handelsausweitung auch die Diskriminierung von Nichtmitgliedsländern durch die beiden Wirtschaftsgebiete EWG und EFTA gelockert und müßten weiterhin langfristige Zahlungsziele an die RGW-Staaten eingeräumt werden.

Denn die Folge aus dem Prinzip einer möglichst eigenständigen Industriestruktur, nach dem nicht nur Rumänien handelt, ist der rentabilitätsbedingte Zwang, die Produktionskapazitäten voll zu beschäftigen. Der RGW-Raum allein kann die Parallelproduktionen zukünftig nicht mehr aufnehmen; die absetzbaren Überschüsse müssen in Drittländer exportiert werden. Darin liegt der Kern der rumänischen Entwicklung: eine stärkere Unabhängigkeit und eine größere Beweglichkeit in der Wahl der Handelspartner. Diese Tendenz dürfte sich langfristig durchsetzen; ein Beweis dafür ist die immer häufiger anzutreffende Kooperationsbereitschaft der meisten RGW-Länder mit westeuropäischen Unternehmen (z. B. mit dem italienischen Fiat- oder dem französischen Renault-Konzern).

Die westliche Außen- und Handelspolitik sowie das Ausmaß und die Stoßrichtung der westeuropäischen Integrationspolitik können diese Unabhängigkeitstendenz sowohl fördern als auch hemmen oder — wenn die Abkapselungseffekte westeuropäischer Integrationsbemühungen verstärkt zum Ausdruck kommen — gar in ihr Gegenteil umkehren. Eine solche Verfestigung der (Wirtschafts-)Blockorganisationen könnte auf längere Zeit hinaus nur sehr schwer wieder rückgängig gemacht werden. Auch westliche Versuche, mit handelspolitischen Aktivitäten gen Osten außenpolitische Ziele zu verwirklichen („Auflösung des Sowjetblocks“, „Neuordnung in Europa“, „Isolierung der Sowjetunion“ u. ä.), könnten zu Reaktionen führen, die dann nicht nur dem Ost-West-Handel schaden. (Übrigens: Die DDR ist einer der ökonomisch stärksten RGW-Partner.)

Integration im Rahmen des RGW und verstärkter Westhandel ist nicht eine Alternative im Sinne eines Entweder-Oder. Die Ratsmitglieder werden beide Möglichkeiten

17) So Küllkereskedelem, Organ der ungarischen Handelskammer, zitiert in *Wirtschaft des Ostblocks* Nr. 36 vom 30. September 1966.

DER RAT FÜR GEGENSEITIGE WIRTSCHAFTSHILFE IM WANDEL

so nutzen, wie es für ihre Wachstumspolitik opportun ist; politische (innen- oder gar außenpolitische) Leitlinien spielen in the long run eine sekundäre Rolle. Während das eine Land den Westhandel stärker forciert und die RGW-Integration abbremst, legen andere Wert auf stärkere Verflechtung untereinander, denn der RGW hat sich insgesamt nicht als eine Fehlkonstruktion erwiesen, wie oft behauptet wird. Die heutigen Schwierigkeiten sind solche von Industrieländern mit zu kleinen Beschaffungs- und Absatzmärkten für Rohstoffe und Fertigprodukte, also mit Entwicklungsproblemen von Wirtschaften eines bestimmten Reifegrades.

In dem Maße wie die Hegemonievorstellungen eines Landes und zentralistische Planungs- und Führungspraktiken abgeschafft werden zugunsten gleichberechtigter Nationalwirtschaften, die sich ökonomisch-rationaler Instrumente bedienen, um einen optimalen Lebensstandard für die eigene Bevölkerung zu erreichen, in dem Maße können schlechte Erfahrungen der Vergangenheit verwunden werden; eine um den Westhandel bereicherte Kooperation auf höherer Ebene hätte dann wieder eine Chance.